

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 15. Sitzung des Bundesrates vom 21. April 1976

1. Aussprache über die Währungslage mit dem Direktorium der Nationalbank

Als Vertreter des Direktoriums der Nationalbank sind anwesend die Herren Dr. Fritz Leutwiler, Präsident, und Pierre Languetin, Mitglied der Direktion. Herr Prof. Schürmann - drittes Mitglied der Direktion - ist ferienabwesend.

Auf Grund der einleitenden Voten der Herren Leutwiler und Languetin sowie der umfassenden Diskussion, die sich anschloss, lässt sich die Lagebeurteilung, unter besonderer Berücksichtigung des Standpunktes der Nationalbank, wie folgt festhalten:

Die Nationalbank sieht, wie ihr Präsident ausdrücklich erklärt, nur noch marginale Möglichkeiten zur Verhinderung eines weiteren Anstiegs des Schweizerfrankens. Alle in Betracht fallenden, wirksameren Massnahmen erfordern nach den Ausführungen von Herrn Leutwiler einen politischen Entscheid.

Im Vordergrund stehen massivere Interventionen am Devisenmarkt, ein Anlageverbot für ausländische Gelder und die Einführung der Devisenbewirtschaftung.

Massivere Interventionen am Devisenmarkt wären zwar noch möglich, nützen aber letzten Endes nichts, weil sie doch an gewisse Grenzen stossen und damit die Steigerung des Frankenkurses doch nicht verhindert werden kann; dies ganz abgesehen vom gefährlichen Inflationspotential, das bereits mit den heutigen Interventionen geschaffen wurde.

Ein Anlageverbot ist nach der Auffassung der Direktion der NB auch nicht zu empfehlen; es bleibt das Loch über den Eurofranken und das Klima am Kapitalmarkt wird verschlechtert. Aus der Mitte des Bundesrates auf die Möglichkeit eines selektiven Anlageverbots angesprochen legt Herr Leutwiler dar, dass dies mit folgender, beschränkter Zielsetzung denkbar wäre: der ausländische Anteil an schweizerischen Wertschriften darf nicht erhöht werden, dies unter Vorbehalt der Bezugsrechte bei Aktien und des Verkaufs von schweizerischen Obligationen, die im Besitze eines Ausländers sind, an einen andern Ausländer.

Die Devisenbewirtschaftung ist ihrerseits kein überzeugendes Mittel, die Nationalbank befürchtet aus der Zweiteilung des Marktes erheblichen Schaden für die Wirtschaft. Dazu kommt, dass eine allfällige Devisenbewirtschaftung den Dollarkurs nicht beliebig hoch anzusetzen vermag. Auch wäre die Gefahr von Umgehungsgeschäften ausserordentlich gross.

Gestützt auf Aeusserungen aus der Mitte des Rates werden ferner folgende Möglichkeiten diskutiert:

- a) Intensivierung der Exportfinanzierung. Der Präsident des Nationalbankdirektoriums anerkennt seinerseits, dass insbesondere die langfristige Exportfinanzierung ausgebaut werden könnte. Die Banken sind hier zu zurückhaltend. Das Projekt einer besondern Exportbank ist zwar noch nicht aktuell, könnte aber als Druckmittel gegenüber den Grossbanken bei übertriebener Zurückhaltung in der Exportfinanzierung benützt werden.
- b) Kampf gegen die Devisenspekulation. Man ist sich allgemein einig, dass auf diesem Sektor alles getan werden muss, was möglich ist. Der Präsident des Nationalbankdirektoriums hält allerdings dafür, dass derzeit die Spekulation keinen namhaften Einfluss auf die Valuta hat, deren Erhöhung eher einem allgemeinen Trend entspricht.
- c) Erhebung von Negativzinsen. Diese Massnahme hat sich deshalb nicht bewährt, weil die Gelder, die man erfassen wollte, einfach bei schweizerischen Grossbanken im Ausland angelegt wurden. Die Massnahme ist deshalb praktisch abzuschreiben.

In einem zweiten Teil der Aussprache wurden die Möglichkeiten einer genügenden Geldversorgung des Bundes im Jahre 1976 geprüft, wobei man zur Feststellung kam, dass diese Versorgung für das Jahr 1976 auf jeden Fall gesichert ist, ja dass es eventuell möglich sein wird, bereits für das Jahr 1977 gewisse Beträge aufzunehmen.

2. Der Rat nimmt Orientierungen entgegen der Herren

Bundesrat Furgler über den Zusammentritt der OPEC-Konferenz in Genf, wo entsprechend intensive polizeiliche Vorsichtsmassnahmen getroffen wurden;

Bundesrat Hürlimann über den Verlauf der Konferenz zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung, die eine neue Vereinbarung betreffend die Chemie-Abfälle bereinigt hat, sich hingegen bezüglich der Salzhaltung des Rheins nicht einigen konnte. Die Beratungen werden in der Schweiz fortgesetzt; das EDI wird mit den mitbeteiligten Departementen Fühlung nehmen.

3.5.76 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)